

Wohnen und Energieversorgung = Daseinsvorsorge

Laut Wohnatlas 2016 (Postbank Bonn), liegt SH auf dem letzten Platz beim Wohnungsausbau zwischen 2000 und 2014.

Das Land hat ohne Not 40.000 öffentlich geförderte, also preiswerte Wohnungen aus der langfristigen Bindung entlassen. Das verschärft nun die Situation auf dem Wohnungsmarkt. Das neue Mietrecht, Mietpreisbremse ist als zahnlöser Tiger nicht durchsetzbar, weil die Kosten der Klage von den Betroffenen nicht leistbar sind..

Es gibt Mittel des Landes, die nicht ausgeschöpft wurden. Diese könnten in den Aus- und Umbau des alten Wohnbestandes investiert werden.

In Kiel zeigt sich, dass man den sozialen Wohnungsbau nicht der sogenannten Privatwirtschaft überlassen kann, wie es die Stadt im Rahmen des Masterplan Wohnen mit der Wohnungswirtschaft und dem Mieterbund vereinbart hatte.

Vor allem in profitablen Wohngegenden erteilt die Behörde Ausnahmegenehmigungen, obwohl mit der Wohnungswirtschaft vereinbart wurde, das 30 % des neugeschaffenen Wohnraums Sozialwohngen sein sollen. Es müssen sowohl Ersatz für die auslaufenden Sozialbindungen als auch Neu- und Ausbau für den jährlichen Zuzug, Studenten und Flüchtlinge nach Kiel mit einem ermittelten Bedarf von 800 Wohnungen geschaffen werden.

Unsere Stadt zahlte 2015 17 Mio. € Wohngeld - das ist vor allem eine staatliche Förderung für die Vermieter - dies Geld könnte nachhaltig reduziert werden, wenn die Kommunen wieder über eigenen Wohnungsbestand verfügen.

Mieten und Mietnebenkosten steigen vor allem bei kleineren Wohnungen, weil hier zwischen Angebot und Bedarf die größte Lücke klafft.

Gebaut wird aber hauptsächlich Wohnraum für den „gehobenen“ Bedarf, also Luxuswohnungen für das zahlungskräftige Publikum, dass sich Zweit- und Drittwohnungen in besonderer Lage leisten kann, weil hier die größten Gewinne zu erzielen sind.

Wohnen ist ein Menschenrecht – eine bezahlbare Wohnung für Jede und Jeden ist machbar.

Dazu gehört bezahlbare Energie und sauberes Wasser.

Das funktioniert nicht, wenn diese Grundrechte zur Handelsware werden und die Gewinnmaximierung für private Konzerne Preis und Qualität bestimmen.

Forderungen der DKP zu WOHNEN:

- ⑩ Wohnungsbau und Wohnungseigentum, Wasser, Wärmeerzeugung und Bereitstellung von Strom und Gas gehört in öffentliche Hand, kontrolliert von zu wählenden Mieter- und Verbraucherräten mit festen Stimmanteilen in den Aufsichtsräten der Unternehmen.
- ⑩ Aus- und Umbau des Altwohnungsbestandes hinsichtlich der Energieeffizienz.
- ⑩ Rückkauf des ehemaligen Wohnungsbestandes der Kommunen.
- ⑩ Kein Verkauf von städtischem Grund und Boden an private Investoren. Ausnutzung der Möglichkeiten langfristiger Verpachtungen bei Einhaltung der definierten Anforderungen/Standards/Mietpreisen.
- ⑩ Definition verbindlicher Anforderungen an Wohnungsneubau: Energieeffizienz, Einsatz von Erneuerbarer Energie verpflichtend, flexible Zwischenwände, die an die Bedürfnisse des Wohnungsmarktes auch in der Zukunft angepasst werden können.
- ⑩ Eigentum verpflichtet: Wer nicht renoviert, oder Wohnraum leer stehen lässt, wird enteignet.
- ⑩ Förderung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus aus Steuermitteln.

Forderungen der DKP zu ENERGIE:

- ⑩ Rückkauf der ehemals kommunalen Anteile an den kommunalen Energieversorgern.
- ⑩ Demokratische Kontrolle ist nur möglich, wenn die Verträge (Konsortialvertrag, Konzessionsvertrag und Gesellschaftervertrag) offen gelegt werden.
- ⑩ Land SH: Nutzung der eigenen Ressourcen (Windenergieüberschüsse) für Wärmekonzepte. Kurze Wege für Stromenergie sind effizient. So könnte auch die vorhandenen Vorteile bei der Windstromerzeugung für den umweltfreundlichen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (Schiene, Schiffsverkehr, Elektromobilität) genutzt werden, statt teure Überlandleitungen zu finanzieren.
- ⑩ Ausbau regionaler Netze unter Einbeziehung von kleinen Energieanbietern und Energiegenossenschaften aus dem Bereich der Erneuerbaren Energie.
- ⑩ Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger und Förderung der Erneuerbaren, auch durch Abbau von Bürokratie, damit mehr Bürgerenergiegenossenschaften den Energiemarkt bereichern.
- ⑩ Förderung Drittmittel-unabhängiger Forschung an den Hochschulen und Fachhochschulen des Landes, die sich mit Techniken der Energieeffizienz, intelligenten Netzen, umweltfreundlicher Materialforschung, nachhaltiger Energienutzung und Mobilität befassen.